



KATHOLISCHE
ELTERNSCHAFT
DEUTSCHLANDS

KED in NRW
Landesverband

Herbst 2003

KED Kurrier

Elternmitwirkung macht Schule

Die KED in NRW ist als Verband von erheblicher Bedeutung beim Ministerium für Schule in Nordrhein-Westfalen anerkannt.

IN DIESER AUSGABE

„Kopfnoten“ in NRW?	3
Gute Schule ohne Noten?	9
Zum Beginn des Schuljahres	14/22
Rückblick auf den Ökumenischen Kirchentag	16

Liebe Eltern, liebe Leserin, lieber Leser!

Heute begrüße ich Sie zum ersten Mal an dieser Stelle im KED Kurier im Herbst 2003 als neue Vorsitzende der KED in NRW. Hier möchte ich zunächst einmal meiner Vorgängerin Helga Reimann ganz herzlich danken für ihr jahrelanges Engagement für die KED und damit für Sie als Eltern, die der KED angehören, und für Ihre Kinder.



Ich möchte mich Ihnen kurz vorstellen: ich wohne in Ahaus, Diözese Münster, bin 49 Jahre alt, verheiratet und habe fünf Söhne vom Grundschul- bis zum Erwachsenenalter, die altersbedingt unterschiedliche Schulen und Bildungseinrichtungen besucht(en). Seit einigen Jahren arbeite ich in der Schulpflegschaft der bischöflichen Canisiuschule in Ahaus mit.

Ich bin vor einigen Jahren zur KED in Münster gekommen, weil ich es für zunehmend wichtig halte, sich in schul(polit)ischen Belangen einzu-

mischen, auch oder gerade mit der Verantwortung als Christ für die Zukunft unserer Kinder. Gerade im Augenblick, wo als Antwort auf „PISA“ fast nur „Ganztagsschule“ zu hören ist, wo leere Kassen das Tun – oder Nicht-Tun – diktieren, wo Arbeitsmarkt und Globalisierung eine besonders qualifizierte Ausbildung unserer Kinder vorrangig machen, scheint es mir vordringlich zu sein, dass die Schule neben reiner Wissensvermittlung und Leistungseinforderung auch für ein Klima von Mitmenschlichkeit, gegenseitigem Respekt und Vertrauen verantwortlich ist. Wenn wir Erziehungspartnerschaft ernst nehmen, müssen Elternhaus und Schule sich einig sein in der Vermittlung von Erziehungszielen und Werten, müssen sich gegenseitig darüber beraten und informieren, wie diese Ziele zu erreichen sind, individuell für jedes Kind. Nur dann werden wir unsere Kinder optimal – auch hinsichtlich unseres christlichen Menschenbildes – fördern können, werden wir ihnen durch Ansporn, Ermutigung und Vorleben die besten Voraussetzungen mit auf den Weg geben, ihr Leben mit Zuversicht und Einsatzbereitschaft in die Hand zu nehmen, werden wir ihnen helfen können, zu starken, selbstbewussten Menschen zu erwachsen. So können wir letztlich – getreu dem Motto des ersten ökumenischen Kirchentages in Berlin, über den Sie in dem vorliegenden KED Kurier auch einiges lesen können – unseren Kindern zum Segen werden.

Mit herzlichen Grüßen

Barbara Balbach

Dr. Barbara Balbach

Vorsitzende der KED in NRW

Hinweise zur Förderung und Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens sowie zur Würdigung außerunterrichtlichen und außerschulischen ehrenamtlichen Engagements.

Rückkehr der Kopfnoten?

Arbeitgeberverbände und Wirtschaftsvertreter wollten es seit Jahren, die PISA-Studie stellte die Leistungsfähigkeit der deutschen Schulen zusätzlich in Frage, die Medien taten das ihre dazu: In Deutschland soll bezüglich des Arbeitsverhaltens und der sozialen Kompetenz der Jugendlichen wieder mehr getan werden. Es soll wieder erzogen werden. Das Ministerium mit einer neuen Ministerin an der Spitze zögert nicht mit einer Initiative: „In das Zeugnis, die Bescheinigung über die Schullaufbahn oder die Information zum Lernprozess können Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten aufgenommen werden“ (§ 26 Abs. 2 ASchO). Weiterhin führt die neue Rechtsverordnung aus: „Zu einer einheitlichen Handhabung der Aussagen stellt die Schulkonferenz Grundsätze auf.“ Die dazu gehörenden Verwaltungsvorschriften formulieren: „Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten werden auf der Grundlage von Beobachtungen getroffen, die sich über den Unterricht hinaus auf das gesamte Schulleben erstrecken. Sie werden auf dem Zeugnis unter der Rubrik Arbeits- und Sozialverhalten eingetragen.“ Diese Regelungen weisen der Schulkonferenz und der Versetzungskonferenz zentrale Aufgaben zu. Die Entscheidung, wie und in welchem Umfang die Regelung des § 26 ASchO angewendet werden, liegt bei der Schulkonferenz.



Von
Michael Sandkamp,
Landesgeschäftsführer der KED
in NRW

Zu diesen Vorgaben aus Elternsicht einige Anmerkungen:

Eltern werden selbstverständlich allen Bemühungen zustimmen, die geeignet sind, die Qualität der Ausbildung unserer Kinder zu erhöhen. Zudem werden Eltern, die ein vitales Interesse an der Erziehung ihrer Kinder haben, ebenfalls an der Qualität der pädagogischen Arbeit in den Schulen interessiert sein und an einem ergiebigen Austausch zwischen Lehrerschaft und Elternhäusern. So betrachtet gewinnt man den neuen Regelungen zunächst einmal Sympathie ab. Allerdings steckt – wie so oft – der Teufel im Detail:

1. Die Fragwürdigkeit von Zeugnisbeurteilungen und Notengebung braucht nicht betont zu werden. Zahlreiche Studien belegen die kaum vorhandene Vergleichbarkeit von Noten in den gleichen Fächern, die von unterschiedlichen Lehrern und an unterschiedlichen Schulen vergeben werden. Jedes Elternhaus weiß Geschichten darüber zu erzählen, in welchem Umfang Beurteilungen von persönlicher Sympathie und Antipathie, von gelingender und nicht gelingender Beziehung zwischen Lehrern und Schülern abhängig sind und wie fragwürdig das vermeintlich objektive deutsche Beurteilungssystem ist. Verschiedene Schultypen mit gleichen Jahrgangsstufen, verschiedene Bundesländer, verschiedene Klassenlehrer, die pädagogische Beziehung zwischen Schüler und Lehrer sind für die Notengebung min-

Eltern werden allen Bemühungen zustimmen, die die Qualität der Ausbildung erhöhen.

destens so relevant wie die erbrachten Fachleistungen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, warum die Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens in irgendeiner Weise objektiver sein könnte.

2. Noten in den Unterrichtsfächern beruhen – bei aller Fragwürdigkeit – auf erbrachten mündlichen bzw. schriftlichen Leistungen. Die Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens unterliegt ausschließlich der Wahrnehmung durch ein Team von Lehrerinnen und Lehrern, die sich austauschen müssen, damit sie zu einer einheitlichen Aussage (für das Zeugnis) kommen. So wünschenswert es ist, dass sich Lehrer über das Arbeits- und Sozialverhalten ihrer Schülerinnen und Schüler verständigen, so unsinnig erscheint bei näherer Betrachtung die Anstrengung, daraus eine Zeugnisbeurteilung zu machen: Wenn beispielsweise zehn Fachlehrer einer Klasse von 25 Schülern pro Schüler nur gut 5 Minuten beraten würden, um eine solche Zeugnisbeurteilung miteinander abzustimmen (was wenig genug wäre!), so benötigen sie dafür pro Zeugnis den Zeitrahmen von etwa 3 Unterrichtsstunden, ergibt zusammen genommen das Volumen von 30 Unterrichtsstunden. Auf ein ganzes Schuljahr (2 Zeugnisse) gerechnet ergeben sich ca. 60 Unterrichtsstunden, die für diesbezügliche Beratungen verwendet werden müssen. Wohlgemerkt: hier hat noch kein Elternkontakt stattgefunden. Wenn diese 60 Unterrichtsstunden Lehrerarbeitszeit in den unmittelbaren Austausch mit betroffenen Schülern und deren Eltern investiert würden, wäre für die pädagogische Kommunikation ungleich mehr erreicht als durch die Produktion von standardisierten Zeugnisformulierungen erreicht werden kann.

Wenn die benötigte Zeit in den Austausch investiert würde, wäre mehr erreicht.

3. Eine weitere Frage kommt hinzu: Schulen werden für die jeweiligen Beurteilungen des Arbeits- und Sozialverhaltens auf ihren Zeugnissen sehr unterschiedliche Kriterien haben – und zwar nicht nur deswegen, weil verschiedene Lehrer das gleiche Verhalten unterschiedlich beurteilen werden, oder aufgrund der Rahmenbedingungen identisches Verhalten unterschiedlich beurteilt wird, (man denke etwa an katholische Mädchenschulen und das dort beobachtbare Arbeits- und Sozialverhalten im Vergleich zur städtischen Gemeinschaftshauptschule). Unterschiedliche Kriterien an den Schulen führen im Ergebnis dazu, dass an einzelnen Schulen alle (!) Schüler Zeugnis-kommentare vorfinden werden, an anderen Schulen nur einzelne Schüler, bei denen die Lehrer der Meinung waren, dass unangepasstes Verhalten auf dem Zeugnis dokumentiert werden sollte. Ein Arbeitgeber, der zwei Zeugnisse vor sich liegen hat, auf dem sich zum einen Kommentare zum Arbeits- und Sozialverhalten finden, auf dem anderen nicht, kann nicht einschätzen, wie er das Ausbleiben des Kommentars bewerten soll. Ist es ein Vor- oder ein Nachteil für den Schüler, den er vor sich hat? Zudem: Völlig identische Kommentare zum Arbeits- und Sozialverhalten, von verschiedenen Schulen und Lehrern ausgesprochen, können durchaus sehr Unterschiedliches meinen. Das wiederum ist für einen potenziellen Arbeitgeber nicht zu erkennen. Schulen werden unterschiedliche Kriterien für ihre Standardformulierungen aufstellen. Unter diesen Bedingungen sind Nachteile für SchülerInnen in Bewerbungsverfahren nicht auszuschließen, die jedoch in der Sache keinerlei Begründung finden.

Identische Kommentare können sehr Unterschiedliches meinen.

4. Besondere Probleme entstehen, wenn eine Schule für alle (!) Schülerinnen und Schülern Beurteilungen zum Arbeits- und Sozialverhalten vorsehen würde. In diesem Zusammenhang wird natürlich auf die zeitliche Zusatzbelastung bei jeder Zeugniskonferenz verwiesen, die sich pro Konferenz auf etwa $2\frac{1}{4}$ Zeitstunden belaufen dürfte – wie oben ausgeführt bei nur geringer Aufmerksamkeit für jeden Schüler. Hinzu kommt dann eine Tendenz zur Standardisierung, die bei wenig aussagefähigen Ergebnissen endet, wie Erfahrungen zeigen. Wegen des zusätzlichen Zeitaufwands der LehrerInnen stellt sich zudem das Gefühl ein, dass nun hinreichend pädagogische Energie für Arbeits- und Sozialverhalten verwendet sei und mit der Beurteilung auf dem Zeugnis die Kooperation mit den Elternhäusern erledigt ist. Das kann natürlich nicht im Interesse der Eltern liegen. Erziehung ist immer ein kommunikativer Prozess, der im Falle der schulischen Bildung zudem zwischen Eltern und Lehrern kooperativ gestaltet werden muss. Elternpartnerschaft meint mehr als das Zur-Kennntnis-Nehmen eines standardisierten, juristisch unangreifbaren Vermerks auf dem Zeugnis.
5. Das Problem, dass Beurteilungen auf den Zeugnisformularen justizabel sein müssen, ggf. auch Klagen Stand halten, ist völlig ungelöst. Wie sieht ein Kriterienkatalog aus, der der Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhalten an der jeweiligen Schule zugrunde liegt? Wie gesichert sind Beobachtungen einzelner Lehrer, die sich mit ihren Wahrnehmungen in der Versetzungskonferenz durchsetzen? Vor allem: wie aussagefähig sind die dabei heraus kommenden un(an)greifbaren Bemerkungen dann noch? Bekannt ist, dass eine „4“ in Mathematik bei anderen Lehrern, in einer anderen Schulform und auf einem anderen Lernniveau durchaus eine „2“ sein kann. Wie wird dieser Varianz im Blick auf das Arbeits- und Sozialverhalten an verschiedenen Schulen, in verschiedenen Jahrgangsstufen, vor allem aber bei verschiedenen Kriterienkatalogen Rechnung getragen?

Hinzu kommt eine Tendenz zu wenig aussagefähigen Ergebnissen.

So wünschenswert wie die Intensivierung des pädagogischen Nachdenkens an den Schulen zwischen Eltern, Lehrern und Schülern ist, so sehr bestehen doch eine Reihe von Unsicherheiten und stellen sich gravierende Fragen im Zusammenhang mit der „von oben“ verordneten Zeugnisbeurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens. Eltern müssten sehr skeptisch sein. Pädagogische Innovation in den Schulen wird tatsächlich von engagierten Lehrern und Eltern vor Ort gestaltet – und kann nicht im Ministerium oder beim Schulträger erdacht und verordnet werden.

Es stellen sich gravierende Fragen im Zusammenhang mit der „von oben“ verordneten Zeugnisbeurteilung.

Einen Vorteil hat der formale Vorgang allerdings: Die Schulkonferenzen, in denen Eltern ein entscheidendes Wort mitzureden haben, bestimmen für die einzelnen Schulen, was umgesetzt und wie die Vorgaben gestaltet werden sollen. Diese Mitwirkungsmöglichkeit sollten Eltern nutzen. Möglicherweise werden sie in dieser Frage in den Lehrern und Schulleitungen Partner finden, mit denen sie im Ergebnis durchaus einer Meinung sein können. Gefragt sind pädagogische Kreativität und Kooperation – und wieder einmal die Mitwirkung der Eltern. ■

Zur Anhörung am 9. Juli 2003 im Düsseldorfer Landtag. Rede von Dr. Barbara Balbach, KED in NRW.

Offene Ganztagschule im Primarbereich

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,

zum vorgelegten Entwurf lege ich als Vorsitzende der Katholischen Elternschaft Deutschlands im Lande Nordrhein-Westfalen unsere Position dar. Es liegt Ihnen bereits unsere schriftliche Stellungnahme an das Schulministerium vor.

Ergänzend dazu möchte ich heute drei Anmerkungen machen.

Vorab gilt es festzustellen:

Die KED in NRW begrüßt ausdrücklich alle Anstrengungen, die zur Verbesserung der Bildung unserer Kinder führen. Vor allem auf dem Hintergrund unserer Verantwortung für die Lebenschancen der nachfolgenden Generation sind sie unbedingt geboten und gesellschaftlich so wünschenswert wie notwendig. Die Ausweitung der Tagesschulzeit bietet grundsätzlich organisatorisch günstige Rahmenbedingungen für eine Qualitätsverbesserung.

Die KED in Nordrhein-Westfalen begrüßt die Ausweitung der Ganztagsschulangebote. Sie sollten dann allerdings für alle Schulformen und -stufen bei zumutbaren Wegen für alle Schülerinnen und Schüler erreichbar sein. Dann hätten Eltern eine echte Wahlmöglichkeit zwischen Ganz- und Halbtagschule.



Dr. Barbara Balbach am Rednerpult des Düsseldorfer Landtags.

Das vorgelegte Konzept der offenen Ganztagschule im Primarbereich ist jedoch nach unserer

Auffassung kein Einstieg in eine Qualitätsverbesserung der Schule.

Die drei Anmerkungen, die ich angekündigt hatte:

1. Die „Offene Ganztagschule“ befördert – erlauben sie den Begriff – „Bildung aus dem Schnäppchenmarkt“

Das vorgelegte Konzept sieht die Integration vielfältiger, vor allem auch nichtprofessioneller Kräfte und Angebote in die Schule vor. So wie geplant besteht aus Sicht der KED in NRW die Sorge, dass die Qualitätsstandards in der pädagogischen Reflexion, in der didaktischen Konzeption und bezüglich des Schulprogramms der jeweiligen Schule nicht gehalten werden. Eine Qualitätskontrolle ist – etwa durch Eltern oder Lehrer – nicht realistisch. Die Angebote sind zudem im höchsten

Maße abhängig von regionalen Gegebenheiten auf Anbieterseite wie auch stark durch die Attraktivität der betreffenden Schule bestimmt.

Das Konzept trägt nicht zur Qualitätssteigerung von Bildung bei. Es sieht tatsächlich keine echte Ganztagschule vor. Aus Sicht der KED in NRW ist der Begriff „Schule mit Ganztagsbetreuung“ ehrlicher.

2. Anmerkung – ich bleibe im Bild vom Schnäppchenmarkt: „Die Horte werden abverkauft.“

Das vorgelegte Konzept der offenen Ganztagschule im Primarbereich führt zum Auslaufen der bewährten Hortangebote. Dies ist eine eindeutige Verschlechterung der Bildungsbedingungen für Kinder und Jugendliche – besonders für diejenigen, die durch ihre familiären Situationen bereits belastet sind.

Dadurch wird das pädagogische Beziehungsgefüge für diese Kinder aufgelöst, die Bereitstellung außerschulischer Räumlichkeiten für Freizeitgestaltung wird eingespart und die familienergänzende Begleitung dieser Kinder und Jugendlichen aufgegeben.

Es muss sogar befürchtet werden, dass Hortangebote für die Jugendlichen, die nicht mehr die Grundschulen besuchen, schlicht entfallen, wenn die Horte zugunsten einer Ganztagsbetreuung im Primarbereich schließen.

Die Katholische Elternschaft in Nordrhein-Westfalen wendet sich entschieden und nachdrücklich gegen eine derartige Qualitätsminderung.

3. Anmerkung aus dem Schnäppchenmarkt: „Sonderangebote sind immer ohne Garantie!“

Im Konzept der Offenen Ganztagschule im Primarbereich werden an die Kooperation mit Trägern der Jugendhilfe, mit Verbänden und Vereinen große Hoffnungen geknüpft. Die Angebote zum Beispiel der Jugendverbände beruhen gegenwärtig auf dem Freiwilligkeitsprinzip und wesentlich auf ehrenamtlichem Engagement. Können – so fragen wir – bei Einbindung in eine Ganztagsbetreuung Kontinuität und Verlässlichkeit über mindestens ein ganzes Schuljahr hinweg gewährleistet werden?

Unserer Ansicht nach wird dem Problem angemessener Räumlichkeiten und den weiteren organisatorischen Maßnahmen – etwa für die Gestaltung der Mittagspause – im Rahmen des Konzeptes höchst unzureichende Aufmerksamkeit geschenkt. Es bedarf erheblicher Investitionen und Anstrengungen, um nicht nur funktional ausreichend zu sein, sondern pädagogisch durchdachte und ästhetisch ansprechende Lebensumgebungen bereit zu stellen. Das ist nach Auffassung der KED in NRW besonders wichtig für Kinder im Grundschulalter, die nach den Plänen der Landesregierung ja einen zunehmenden Teil ihrer Lebenszeit in der Schule verbringen sollen.

Abschließend:

Die Katholische Elternschaft in NRW optiert dafür, dass Ganztagschulen vorrangig qualitativ und weniger quantitativ ausgebaut werden. Nach PISA braucht es verbesserte Förderkonzepte in den Schulen. Eine

Ausweitung der Tagesschulzeit bietet dafür grundsätzlich günstige Bedingungen. Jedoch gehören dazu – wie angemerkt – pädagogisch qualifizierte Reflektion, eine veränderte Didaktik und entsprechende räumliche Voraussetzungen.

Das vorliegende Konzept löst diese Anforderungen nicht ein. Die Katholische Elternschaft in Nordrhein-Westfalen lehnt es deshalb ab.



Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung und der Hertie-Stiftung

500 000 Schüler schwänzen in Deutschland regelmäßig den Unterricht

Etwa eine halbe Million Schüler schwänzen in Deutschland regelmäßig den Unterricht. Allein an Haupt- und Sonderschulen fehlen im Mittel 10 bis 20% der Schüler mehrere Stunden der Woche unentschuldig. In den verschiedenen Abschlussjahrgängen verließen jährlich mehr als 9 % die Schule ohne Abschluss. Schulmüdigkeit ist das Ergebnis eines Prozesses zunehmender Entfremdung von der Schule, so die Projektleiter Annette Czerwanski und Roland Kaehlbrandt. Die Gründe hierfür seien u.a. ein anregungsarmes Umfeld in den ersten Lebensjahren, Sprachprobleme oder eine Über- oder Unterforderung sowie familiäre Probleme. Die Schüler beklagen eine Entfremdung der Schule von der Lebenswirklichkeit. Schulwelt und Lebenswelt driften immer weiter auseinander. Interesse besteht bei Schülern an Ausflügen, Klassenfahrten und praktischen Erfahrungen. ■

aus: *Ärztezeitung*, 5. Februar 2003



aus: *ASJ Forum* 2/2003

Deutsche Reformschulen mit PISA-Traumnoten, oder: gute Schule ohne Noten?

Die beiden profiliertesten Reformschulen Deutschlands haben beim PISA-Test gut abgeschnitten: die Laborschule in Bielefeld und die Helene-Lange-Schule in Wiesbaden. Den Schulreformern gelten sie als Mekka deutscher Pädagogik, den Kultusministern hingegen sind sie als Relikt der Gesamtschulpädagogik und als Struwelpeter-Schulen ein Dorn im Auge. Denn: die Spitzenleistungen dieser Schulen passen nicht in den offiziellen Kurs von mehr Pauken, mehr Leistungsdruck und weniger gemeinsamem Unterricht lernstarker und lernschwacher Schüler. Solche Maßnahmen sind bei den erfolgreichen Reformschulen als „Griff in die pädagogische Mottenkiste“ verpönt.

In der 1974 gegründeten Laborschule gibt es bis zur neunten Klasse weder Noten noch Sitzenbleiben, ebenso wie in den PISA-Spitzenländern Finnland und Schweden. Einschulung ist mit 5 Jahren, Lernschwache werden nicht an die Sonderschule überwiesen. Die Schule ist eine riesige Halle ohne geschlossene Klassenräume. 660 Schüler lernen in kleinen Gruppen nur locker voneinander getrennt in altersgemischten Gruppen. Erstaunlich dabei die Ruhe und Disziplin.

Die Laborschule ist der Universität Bielefeld direkt zugeordnet. Dem Argument, die Schule sei mit Lehrern und Sachmitteln besser ausgestattet als andere Schulen, begegnet die Schulleiterin mit dem Hinweis auf das Forschungsengagement der Lehrer, das Stundenermäßigungen im Unterricht nach sich zieht. Die Schulleiterin darf sich allerdings, wie auch ihre Kollegin der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden, ihre Lehrer nach eigenen Kriterien aussuchen. Dazu die Schulleiterin Enja Riegel aus Wiesbaden: „Ich will an meiner Schule nur die Wagemutigen. Viele Lehrer sind lebende Klagemauern.“

Die Wiesbadener Schule hat sich 1986 von einem Gymnasium in eine integrierte Gesamtschule umgewandelt., sie arbeitet noch eher als die Bielefelder Laborschule unter „Normalbedingungen“. Die PISA-Ergebnisse sind hier noch überzeugender als in Bielefeld. Auch hier wird in den ersten Klassen ohne Noten ausgekommen, es gibt kein Sitzenbleiben. Im PISA-Testfeld Lese- und Textverständnis schneiden beide Schulen besser ab als der bundesdeutsche Durchschnitt. In Wiesbaden ist Theaterspielen als Schwerpunkt da förderlich. Auch im Testfeld Naturwissenschaften lassen sich die Reformschulen sowohl mit den nationalen als auch mit den internationalen Spitzenplätzen messen. Das gute Beispiel der Reformschulen zeigt sehr direkt die ungelöste Schul-Strukturfrage auf. Es braucht allerdings in Deutschland nicht nur eine Qualitätsoffensive in Unterrichtsfragen. Die mageren Abiturientenzahlen bedingen einen massiven Fachkräftemangel. Um dem entgegenzusteuern, müssen mehr „Bildungsreserven“ aus bildungsfernen Schichten durch soziale Förderung rekrutiert werden. Doch darauf gibt es unter den Kultusministern bisher kaum eine wirksame Maßnahme als Antwort. ■

aus: Ärztezeitung, 5. Februar 2003

... gibt es bis zur neunten Klasse weder Noten noch Sitzenbleiben wie in den PISA-Spitzenländern.

Im PISA-Testfeld Lese- und Textverständnis schneiden beide Schulen besser ab.

Bildungspolitik muss oberste Priorität haben, darüber sind sich die Abgeordneten über Parteigrenzen hinweg einig, aber was wurde auf dem Sektor bislang wirklich getan?

„In Bildung investieren, heißt in die Zukunft investieren“

Aus einem Interview von „Landtag intern“ (Stephanie Hajdamowicz, Axel Bäumer) mit den Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses, Joachim Schultz-Tornau (FDP), des Schulausschusses, Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU), und des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Annegret Krauskopf (SPD).

Auf die Frage „Was konkret hat Ihr Ausschuss zur Verbesserung der Bildungssituation von Jugendlichen in NRW getan?“



Joachim Schultz-Tornau (FDP)

gab Joachim Schultz-Tornau, in dessen Verantwortungsbereich die Schulabgänger gehören, die eine akademische Ausbildung anstreben – das sind derzeit über eine halbe Million – an, es ginge vorrangig darum, die Zahl der Hochschulabsolventen zu steigern. Zum einen müssten mehr Schulabgänger zu einem Hochschulstudium motiviert werden. Zum zweiten müsse dringend die Quote der Studienabbrecher (derzeit ca. 25 %) gesenkt werden. Ein großes Problem seien in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen und zum Teil mangelhaften Eingangsvoraussetzungen der Schulabgänger. Eine weitere Aufgabe der Politik sei es, finanzielle Hürden zur Aufnahme eines Hochschulstudiums zu senken.



Annegret Krauskopf (SPD)

Dr. Heinz-Jörg Eckhold berichtet von intensiven Diskussionen des Ausschusses, Schule und Familie betreffend. Dort sind aktuelle Themen die offene Ganztagschule, das Schulrechtsänderungsgesetz, Maßnahmen zu Verminderung des Stundenausfalls, Stellenpläne für Lehrer, Schulbücher ... Zur Zeit herrsche eine Umbruchsstimmung, hervorgerufen durch die Schulstudien der letzten Zeit, durch die Handlungsbedarf offensichtlich geworden ist. Klar ist: die Rahmenbedingungen müssen verbessert werden. Nur sind die Konzepte der Parteien unterschiedlich, da besteht Gesprächsbedarf über die Parteigrenzen hinweg, zum Wohl unserer Jugend.



Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)

Für Annegret Krauskopf ist es wichtig, dass Kinderrechte in der Landesverfassung verankert wurden. Nun muss allerdings gewährleistet werden, dass diese auch eingehalten werden, beginnend bei der Geburt eines Kindes bis zum Kindergartenalter. Der Bildungsauftrag des Kindergartens müsse weniger lernzielorientiert als vielmehr persönlichkeitsfördernd sein. Es gilt, Kinder zu motivieren, ihre natürliche Neugier zu fördern, ihnen wichtige Fähigkeiten für einen gelungenen Start ins Leben zu vermitteln. Wichtig sei auch, Sprachstörungen und -defizite frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken, besonders – aber durchaus nicht nur – bei Migrantenkindern.

Auf die Frage nach den **Möglichkeiten zur Verbesserung der Bildungssituation der Jugendlichen**

forderte *Joachim Schultz-Tornau* eine frühzeitige Weichenstellung. Die Rückstände in Deutschland seien oft bereits im Grundschulalter zu bemerken. Im Kindergarten bereits müsse der Wissensdurst der Kinder genutzt und gefördert werden. Eine bessere Verzahnung von Schule und Hochschule sowie ein ständiger Kontakt der Hochschulen mit der Wirtschaft, den „Hauptabnehmern“ der Hochschulabsolventen, könne eine bessere Relevanz der Lerninhalte bewirken, die auch den Wirtschaftsunternehmen eine praxisgerechtere Qualifikation verspräche.

Dr. Eckhold fordert nachdrücklich allerhöchste Priorität für die Bildungspolitik, alle verfügbaren Mittel seien in Bildung zu investieren. Erst danach kommt die Wirtschaftsförderung zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Ohne eine qualifizierte Ausbildung unserer Jugend kommt die Wirtschaftsmisere zwangsläufig. Konkret gilt es, Ganztags-schulangebote für alle Schulformen zu etablieren, mehr Lehrer und Sozialpädagogen, insbesondere an Hauptschulen, einzusetzen und Lernzielstandards je nach Schulform festzulegen, an denen sich das notwendige Grundwissen festmachen lässt.

Annegret Krauskopf sieht die vordringlichen Maßnahmen in einer Veränderung des Aus- und Fortbildungskonzeptes für ErzieherInnen. Dazu gehören z.B. verbesserter Gesprächsführung oder praxisgerechte Konzepte zu Sprachförderungsmaßnahmen. Eine große Flexibilität ist vonnöten, die auch auf unterschiedliche Ausgangssituationen wie Elternhaus und das soziale Umfeld reagieren kann, damit alle Kinder gleiche Chancen haben.

Auf die Frage „**Was geben Sie persönlich Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen als Rat mit auf den Weg?**“

lautete die Antwort von *Joachim Schultz-Tornau*, er halte es für wichtig, dass sich junge Leute nach ihren Interessen und Fähigkeiten für ein Berufsziel entscheiden. Jeder solle sich prüfen, was ihm Freude macht, wo seine Stärken sind, wo er Überdurchschnittliches leisten kann. Die Entscheidung nach aktuellen Marktsituationen zöge Fehlsteuerungen nach sich.

Dr. Eckhold hält es für wichtig, bei der Berufswahl flexibel zu sein. Als Konsequenz aus seinem eigenen Lebensweg wisse er, dass eine gute und solide Bildung einem jungen Menschen viele Möglichkeiten offen hält und eine Orientierung in unterschiedliche Richtungen ermöglicht. Nicht jeder könne auf Anhieb seinen Traumjob finden.

Annegret Krauskopf betont, dass Jugendliche ihre eigene Zukunft aktiv gestalten müssen, sich für ihre Interessen stark machen und ihre Wünsche artikulieren sollten. Gerade eine schwache Gesellschaft braucht starke Kinder. Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit sie ihre Chancen nutzen können. ■

aus: Landtag intern 8/2003

Was muss die Ganztagschule in Nordrhein-Westfalen leisten?



**Brigitte Speth
(SPD)**

Eine Ganztagschule muss den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Eltern gerecht werden und ein möglichst vielfältiges Angebot bereitstellen, das die Bereiche Bildung, Erziehung und Betreuung sinnvoll miteinander kombiniert. Eine gute Ganztagschule wird diese Angebote auch altersgerecht zuschneiden. So muss es sicher für 15-jährige Schülerinnen und Schüler fachbezogenen Förderunterricht geben, ebenso wie Angebote für besondere Interessen und Begabungen. Für kleine Kinder in der Grundschule muss ein pädagogisches Konzept vorliegen, das sie in ihrer emotionalen, motorischen, intellektuellen und sozialen Entwicklung fördern hilft. Um dies leisten zu können, ist die Zusammenarbeit von Menschen mit verschiedenen Professionalitäten, zum Beispiel Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, spezialisierte Therapeuten, etwa für Sprach- oder Bewegungsförderung, Übungsleiter und andere mehr erforderlich. Im Gegensatz zu den Ganztagschulen in der Sekundarstufe I, die mit einem 20-prozentigen Stellenzuschlag ausgestattet sind, erhält deshalb die Offene Ganztagsgrundschule einen 60-prozentigen Stellenzuschlag, das heißt 1.230 Euro pro Kind. Damit kann die Schule ein maßgeschneidertes Angebot, das den sozialräumlichen Bedingungen der Schule entspricht, entwickeln und entsprechende Fachkräfte einstellen. Diese offene Ganztagsgrundschule wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass mehr Chancengleichheit verwirklicht wird.



**Bernhard Recker
(CDU)**

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben gezeigt, dass 30 Prozent der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler nicht richtig lesen und schreiben können. Zudem haben viele Kinder und Jugendlichen große Erziehungsdefizite. Zur Aufarbeitung dieser Bildungs- und Erziehungsdefizite, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur verbesserten Integration brauchen wir ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes System von Ganztagschulen. Dieses muss höchsten qualitativen Ansprüchen entsprechen. Die „Offene Ganztagsgrundschule“ mit gerade mal 0,1 Lehrerstelle pro 25-Kinder-Gruppe genügt diesem Anspruch nicht. Sie entpuppt sich als „Mogelpackung“, denn hier geht es lediglich um Betreuungs- und Verwahrungsmaßnahmen und nicht um Schule. Sie wird dem qualitativen Anspruch – gerade nach PISA – in keiner Weise gerecht. Es fehlen klare Vorgaben für einzuhaltende Standards. Es ist zudem pädagogisch und sozial unverantwortlich, echte Ganztagschulen kostenfrei zu halten und für eine reine Betreuungsmaßnahme Elternbeiträge einzufordern. Die Umsetzung darf nicht ausschließlich von der Finanzkraft der Kommunen und dem Portmonee der Eltern abhängen. Die Antwort auf PISA muss eine Ganztagschule mit einem ganzheitlichen Konzept und qualifiziertem Personal sein. Die CDU will eine für alle soziale und gerechte Lösung. Die Ganztagschule muss vor allem dem Aspekt „Mehr Bildung für Kinder“ gerecht werden.

Wir brauchen in NRW die flächendeckende Schaffung nachfrageorientierter Ganztagsangebote für alle Schulformen! Immer mehr Eltern haben den Wunsch nach Ganztagschulen. Daher sollte jedes Kind schnellstmöglich bei freier Wahl der Schulform die Möglichkeit zum Besuch einer solchen Einrichtung haben. Nach Meinung der FDP bleibt die Ganztagschule dabei eine freiwillig zu besuchende Angebotsschule als Alternative zur Schule bis Mittag und wird nicht zur Pflicht. Viele Eltern wollen die Erziehung ihrer Kinder nicht zum zeitlichen Großteil der Schule überlassen, sondern den Hauptanteil des Tages selbst mit ihren Kindern verbringen. Die Liberalen betrachten die Begriffe Ganztagschule und Ganztagsbetreuung differenziert. Der von der Landesregierung verwendete Begriff der sogenannten offenen Ganztagschule ist eine Mogelpackung. Es handelt sich dabei lediglich um eine Ausweitung bzw. Umschichtung der bereits vorhandenen schulischen Betreuungsangebote am Nachmittag. Ein pädagogisches Konzept fehlt gänzlich. Die Vermittlung fachlicher Inhalte ist nicht Bestandteil des Erlasses der Landesregierung. Als Reaktion auf die PISA-Studie wäre ein pädagogisches Konzept für Ganztagsbetriebe notwendig gewesen, das im Nachmittagsbereich über eine reine Verwahrung der Kinder hinausgeht. Darüber hinaus setzt das Modell der sog. offenen Ganztagschule eine erhebliche finanzielle Eigenleistung der Kommunen voraus, das die Schulträger vor erhebliche Umsetzungsprobleme stellt.



Ralf Witzel
(FDP)

Mehr Zeit für Bildung und damit einhergehend mehr Zeit für die Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler, aber auch solcher mit besonderen Begabung – diesen Beitrag zur Stärkung der Schülerleistung und gleichzeitig zu mehr Chancengleichheit muss die Ganztagschule leisten. Sie muss die Öffnung der einzelnen Schulen in ihrem Stadtteil verstärken. Wir setzen auf die offene Ganztagschule, die neben Lehrerinnen und Lehrern Personen unterschiedlicher Professionen einbindet. Pädagogisch wertvoll ist nicht nur Unterricht. Die Schulen müssen sich auch zu Häusern des Lebens entwickeln, in denen neben dem Einsatz von ErzieherInnen und SchulpsychologInnen auch musische Erziehung, Sport, Kurse im Bereich Handwerken und vieles mehr ihren Platz haben. Die Ganztagschule muss Verlässlichkeit bieten. Denn neben dem Bildungsaspekt ist der offene Ganztags ein wesentlicher Fortschritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daher sind bedarfsgerechte Öffnungszeiten unverzichtbar. Die offene Ganztagschule bietet die Chancen, durch Rhythmisierung des Unterrichts und eine Umstrukturierung des Tagesablaufs einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Unterrichtsqualität zu leisten. Offene Ganztagschulen sind damit ein wichtiger erster Schritt als Antwort auf die Herausforderungen, die PISA unserem Bildungssystem stellt.



Sylvia Löhrmann
(GRÜNE)

aus: Landtag intern 8/2003

„Ohne Eltern geht die Schule nicht“

Das neue Schuljahr beginnt in diesen Tagen und nicht nur für Ihre Kinder beginnt ein neuer Abschnitt. Neue Klassen, möglicherweise andere Mitschüler und – für diejenigen, die die Schule gewechselt haben – unbekannte Lehrer erwarten Ihre Kinder und auch Sie.

Der erste „Elternabend“ des neuen Schuljahres liegt hinter Ihnen. Für einige von Ihnen war es das erste Mal. Dort stand als einer der ersten Tagesordnungspunkte „Wahl der/des Vorsitzenden der Klassenelternvertretung“ oder „Wahl der/des Klassenpflegschaftsvorsitzenden“. Vielen von Ihnen, auch Eltern, deren Kinder schon länger die Schule besuchen, ist die Aufgabe des Elternvertreters nicht klar. Ist der/die Vorsitzende der Klassenpflegschaft nur jemand, der die Versammlungen leitet oder gar nur seine Unterschrift für die Einladung leistet? Sind die Elternvertreter nur der Prellbock zwischen Lehrern und Eltern?



Bertram Neumann ist Vorsitzender der KED im Bistum Münster. Er lebt mit seiner Familie in Nottuln, seine Töchter besuchen eine bischöfliche Schule. Er ist beruflich als Projektmanager in der Software-Entwicklung in einem großen Rechenzentrum in Münster tätig.

Nein! Eltern spielen eine wichtige Rolle im schulischen Alltag. Sie beaufsichtigen die Hausaufgaben ihrer Kinder, bringen die Kleinen zur Schule und holen sie in den ersten Tagen ab. In Gesprächen mit dem Lehrkörper liefern sie wichtige Informationen für das Lern- und Sozialverhalten der Kinder und stellen so eine wichtige Informationsquelle für die Lehrer dar. Darüber hinaus ist die Rolle der Eltern im Schulmitwirkungsgesetz definiert. Eltern arbeiten und bestimmen mit in Klassenpflegschaft, Schulpflegschaft und Schulkonferenz.

Elternversammlungen gehören zur Elternarbeit in der Schule und Elternarbeit in der Schule ist ein Teil staatsbürgerlicher Mitverantwortung!

Der zeitliche Aufwand für die diversen Veranstaltungen ist vertretbar und abhängig von dem Engagement des einzelnen. Elternabende finden mindestens einmal je Schulhalbjahr statt. Selbiges gilt auch für die Schulpflegschaftsversammlungen. Zu den Schulkonferenzen trifft man sich erfahrungsgemäß 4-mal im Schuljahr.

Im Rahmen der Klassenpflegschaftsversammlungen werden Interessen und Informationen ausgetauscht, die die Klasse betreffen. Hier wird informiert über Lehrplaninhalte, Ergebnisse der Konferenzen, Klassenfahrten, besondere Veranstaltungen und vieles mehr. Die Leitung hat der Klassenpflegschaftsvorsitzende.

In der Schulpflegschaftsversammlung treffen sich die Pflegschaftsvorsitzenden aller Klassen einer Schule und tauschen ebenfalls Informationen aus, die in die Schulkonferenz weiter gegeben werden. Themen können sein: Art und Umfang der Hausaufgaben, Durchführung der Leistungsüberprüfungen, Schulveranstaltungen außerhalb der Schule, Anregung zur Einführung von Lernmitteln ...

In der Schulkonferenz einer Schule ist je nach Schulform und Größe die Elternschaft unterschiedlich stark vertreten. In diesem Gremium

beraten und entscheiden die Teilnehmer (Lehrer, Eltern, SchülerInnen ab Sekundarstufe I) über Unterrichtsinhalte, Unterrichtsverteilung, Leistungsbewertung, die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften, die Einführung von Lernmitteln und Verwendung der der Schule zur Verfügung gestellten Mitteln.

Weitere Informationen zu den Aufgaben der Eltern und Möglichkeiten der Schulmitwirkung entnehmen Sie der Webseite des Ministeriums für Schule in NRW <http://www.bildungsportal.nrw.de/BP/Service/broschueren/index.html> und den Broschüren oder Informationen der KED. Soeben ist ein neues Faltblatt zum Schulmitwirkungs-Gesetz erschienen. Es kann bei unseren Geschäftsstellen angefordert werden. Gleichgültig in welchen Gremien Sie sich engagieren und mitgestalten, Sie haben die Möglichkeit, Wissen auszutauschen, Ihre Meinung zu äußern, Konflikte zu lösen und Aufgaben wahrzunehmen.

Unsere Bitte, nehmen Sie das Angebot zur Schulmitwirkung ernst und gestalten Sie Schule aktiv mit. Bei Fragen stehen Ihnen unsere Geschäftsstellen beratend zur Seite. ■



aus: ASJ Forum 2/2003



Gedanken nach dem Ökumenischen Kirchentag.
Von Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Präsident des
Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Freude und Ermutigung

Weit mehr als 200 000 Besucher konnten die Veranstalter des ersten Ökumenischen Kirchentags in Berlin, der Deutsche Evangelische Kirchentag und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken verzeichnen. Der wahre Erfolg lässt sich jedoch nicht in Zahlen zum Ausdruck bringen, sondern durch den während vielen Veranstaltungen erkennbaren Wunsch, auf dem Weg der Ökumene zu einem Ziel zu gelangen. Insofern war der Ökumenische Kirchentag in der Tat ein historisches Ereignis.

Der Ökumenische Kirchentag liegt hinter uns. Es waren Tage der gemeinsamen Feier des Glaubens und der Ernsthaftigkeit des Glaubenszeugnisses. Es waren Tage der Nachdenklichkeit über die Situation von Kirche und Welt. Und nicht zuletzt waren diese Tage geprägt vom Willen, sich als Christen im gesellschaftlichen Leben zu engagieren. Freude und Ermutigung sind die deutliche Wirkung des Ökumenischen Kirchentages für die Christen in Deutschland. Er hat erstens die Kraft des christlichen Glaubens in der deutschen Gesellschaft erwiesen und war damit ein Zeichen gegen die unbestreitbaren Tendenzen zur zunehmenden Entchristlichung dieses Landes. Denn die Kraft des Glaubens hängt nicht von der Zahl der Christen ab, sondern von ihrem Glaubenszeugnis und ihrer Lebenspraxis. Und dieses Christentreffen

hat zweitens den Willen zur ökumenischen Gemeinsamkeit unterstrichen. Dieser Wille erweist sich nicht im Streit, sondern im vertrauensvollen Zusammenwirken.

Hoffnung auf ein gemeinsames Abendmahl

Alles dies steht im deutlichen Kontrast zur Kritik und Skepsis, denen viele Medien vor dem Beginn des Ökumenischen Kirchentags, aber auch noch bei seiner Eröffnung breiten Raum gegeben hatten. Die Reihe der Unkenrufer und Miesmacher war jedenfalls diesmal deutlich länger als die Liste der üblichen Verdächtigen. Das breite Spektrum der Berliner Tage mit seinen beeindruckenden spirituellen und intellektuellen Höhepunkten widerlegte auch die zahlreichen Versuche, zwei Gottesdienste am Rande des Kirchentages in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit zu rücken und damit die Wirklichkeit verzerrt wiederzugeben. Wahr bleibt, dass die Hoffnung auf ein gemeinsames Abendmahl die Teilnehmerinnen und Teilnehmer innerlich bewegt hat, weil dieses Vermächtnis unseres gemeinsamen Herrn Jesus Christus die Mitte des christlichen Glaubens ist. Darum muss diese Hoffnung auch künftig die Perspektive der Ökumene bilden. Wer diese Hoffnung jedoch zu dem Versuch missbraucht, die Christen von ihren Kirchen zu lösen und eine Ökumene jenseits kirchlicher Bindungen zu betreiben, wird das Herz und die rational reflektierte Erfahrung der meisten ihren Glauben wirklich praktizierenden Christen nicht erreichen und statt dessen, auch wenn dies nicht beabsichtigt ist, dem ökumenischen Gedanken Schaden zufügen.

Keine Ökumene gegen die verfassten Kirchen

Was der Ökumenische Kirchentag nachdrücklich bestätigt hat, ist die Wirklichkeitsnähe des Bildes vom Weg der Ökumene. Freilich muss dieses Bild in seinen Konsequenzen ernst genommen werden. Jeder Weg braucht ein Ziel. Sonst ist er richtungslos und führt im Kreise oder in die Irre. Dieses Ziel ist die größere Gemeinsamkeit durch das tiefere Verstehen der Wahrheit Gottes; sie gibt der Einsicht, dass Einheit nur in der Vielfalt gelebt werden kann, das rechte Maß. Und jeder Weg, der zusammenführen soll, braucht Partner. Diese Partner auf dem Weg der Ökumene sind die christlichen Kirchen.

Kirchen sind gewiss keine Truppen im gleichen Schritt und Tritt, sondern Gemeinschaften aus Christen, die ihren Glauben verantwortlich und gewissenhaft leben wollen und darüber auch im Dialog stehen. Aber die Kirchen bleiben gleichwohl die Gemeinschaften, aus denen sich die Ökumene aufbaut. Es gibt keinen erfolgreichen Weg der Ökumene ohne oder gegen die verfassten Kirchen. Zwar ist der Geist Gottes immer größer als die geschichtlich gewordene Gestalt der Kirchen. Und wer die ständige Erneuerungsbedürftigkeit der Kirchen leugnet, wird dem Auftrag der Frohen Botschaft nicht gerecht. Die Kirche ist eben nicht, auch wenn dieses Bild immer wieder beschworen wird, ein Fels der Unveränderlichkeit, sondern das Volk Gottes auf der Pilgerschaft durch die Geschichte. Dieser Weg kann nicht ohne Konflikte



Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

immer wieder neu gesucht und bestimmt werden. Dennoch existiert der christliche Glaube niemals konturenlos, und er bedarf der festen Gemeinschaft. In der Kirche wird der Glaube eben nicht nur bewahrt, sondern auch gelebt und weitergegeben. Wer dieses bewahrende und weitergegebene Gefäß gering schätzt oder zerbrechen will, bringt den Glauben in schwere Gefahr. Wer kann leugnen, dass es nicht zuletzt die Neigung zur Selbstsäkularisation ist, durch die der christliche Glaube in dieser Gesellschaft zu verdunsten droht?

Verlässliche Bindungen sind unverzichtbar

Jede Zeit hat ihre Vorlieben und Vorurteile, die Teile der Wirklichkeit ausblenden. Unsere Zeit hat das Individuum zum Ausgang und Zielpunkt seines Denkens gemacht und neigt deshalb zu antiinstitutionellen und antinormativen Denkblockaden. Da kann die Versuchung übermächtig werden, Ökumene als einen Sammelbegriff für Erhofftes und Wünschenswertes zu nutzen und ihr dadurch den inneren und nur ihr eigenen Impuls zu nehmen. Wer so handelt, mag mächtige Störungen des Zeitgeistes auf seiner Seite haben, aber er hat die Erfahrungen der Geschichte gegen sich. Nichts hat sich auf längere Zeit als wirksam und aufbauend erwiesen, das auf die Kraft der Ordnung und der verlässlichen Bindung verzichten wollte. Der ursprüngliche semantische Sinn des Wortes Ökumene war gewiss die ganze bewohnte Erde. Der Sinn, in dem dieses Wort erneut geschichtsmächtig wurde, ist jedoch die Hoffnung auf die Einheit der Christen.

Der Sinn des Wortes Ökumene ist die Hoffnung auf die Einheit der Christen.

Ökumene ist heute also christliche Ökumene. Es ist das Vorbild Jesu Christi und der Kern seiner Frohen Botschaft, die Christen ihren Auftrag in der Zuwendung zum Nächsten und zum Anderen erkennen lässt. Diese Zuwendung hebt aber die christliche Botschaft und ihren Wahrheitsanspruch nicht auf, sondern gewinnt daraus ihren Antrieb und ihre Hoffnung. Die Frage nach der Wahrheit kann nicht durch Wahrheitsverzicht erledigt werden. Auch die nie zu Ende gehende Suche nach der Wahrheit rechtfertigt nicht, den Anspruch jener Wahrheit, der wir gewiss sind, aufzugeben. Eine Ökumene, die Gottes Wahrheit und die Frohe Botschaft Jesu Christi gegenüber der Chance zur Übereinstimmung mit anderen Religionen und Überzeugungen als zweitrangig ansähe, machen sich selbst sinnlos. Niemand leugnet die friedensfördernde Wirkung wechselseitigen Verstehens und praktischen Zusammenwirkens von Menschen unterschiedlicher Religion und Kultur. Aber es gibt keine Ökumene der Religionen und Weltanschauungen.

Zugewinn an Wissen und Einsicht

Auf dem Weg der christlichen Ökumene in Deutschland hat der Ökumenische Kirchentag einen doppelten Ertrag gebracht. Durch die Jahre der Vorbereitung ist das Netzwerk von Kooperationsbeziehungen und Partnerschaften an der Basis der christlichen Glaubenspraxis außerordentlich gewachsen. Auch wenn dies zunächst durch Projekte auf den Ökumenischen Kirchentag hin geschah, so kann doch erwartet

werden, dass vieles zu einer alltäglichen Selbstverständlichkeit wird. Die Anregungen aus der Charta Oecumenica können dies ergänzen und fortführen. Nicht minder wichtig ist die intensive gedankliche Arbeit zu Themen der Ökumene, die meist großes Teilnehmerinteresse fanden und die Kenntnis der christlichen Geschwister wie der eigenen Gemeinschaft erweiterten. Gerade angesichts der überhaupt nicht zu leugnenden Gefahr, Ökumene als Reduktion auf den kleinsten Nenner zu betreiben, ist der Zugewinn an Wissen und Einsicht von kaum zu überschätzendem Wert. Nicht in dem wir auf unseren geschichtlich gewachsenen Reichtum verzichten, sondern in dem wir diesen uns wechselseitig zeigen und erschließen, kommen wir zu größerer und stabilerer Gemeinsamkeit.

Indem wir unseren geschichtlich gewachsenen Reichtum uns wechselseitig zeigen und erschließen kommen wir zur Gemeinsamkeit.

Kirchentag und Katholikentag werden ökumenischer

In diesem doppelten Sinn hat der Ökumenische Kirchentag die Ökumene in Deutschland einen bedeutsamen Schritt vorangebracht. Das wird seine Wirkung auf die verfassten Kirchen in Deutschland nicht verfehlen. Die große Aufmerksamkeit, mit der die weltweite Ökumene dieses Ereignis verfolgte, wird dafür hilfreich sein. Wir Katholiken können uns durch die Botschaft von Papst Johannes Paul II. an den Ökumenischen Kirchentag und durch die Teilnahme einer großen Zahl von katholischen Bischöfen und Kardinälen aus dem In- und Ausland in unserem Tun bestätigt fühlen. Daran können auch die gegen den Ökumenischen Kirchentag gerichteten Aktionen von Leuten, die bis heute das II. Vatikanum nicht akzeptiert haben, nichts ändern.

Mit Sicherheit werden die beiden Laienbewegungen, deren gemeinsames Projekt dieser Kirchentag war, bei ihren nächsten großen Vorhaben, dem 95. Deutschen Katholikentag in Ulm und dem 30. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover, die ökumenische Dimension fortführen und ausbauen. Für unsere Partnerschaft ist es ein Grund zur Freude, wie viele Menschen in Berlin als selbstverständlich davon ausgehen, dass diesem ersten Ökumenischen Kirchentag weitere folgen werden. Ist dies nicht eine Ermutigung dafür, dass wir auf dem richtigen Wege sind? ■

aus: Salzkörner, 16. Juni 2003

Neue Impulse

„Einen derartigen Erfolg hätte sich niemand träumen lassen. Der erste Ökumenische Kirchentag hat alle Erwartungen übertroffen und sich als eindrucksvolles Zeugnis christlicher Präsenz im Lande entpuppt. Das Zusammenleben der Kirchen empfing in den fünf Tagen neue Impulse, die papierernen Theologenstreitigkeiten der letzten Jahre sind in den Hintergrund gerückt. Für die Christen war das Großtreffen eine eindrucksvolle Erfahrung und eine wertvolle Selbstvergewisserung, von der sie lange zehren können.“

Der Tagesspiegel, 3. Juni 2003

„Unser Stand“ auf dem ökumenischen Kirchentag in Berlin

Die KED in NRW hat zusammen mit Diözesanverbänden (z.B. Essen, Münster, Osnabrück und Dresden), dem Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern und den evangelischen Partnern vom Verband Evangelischer Erzieher (VEE) in Nordrhein-Westfalen als „Arbeitsgemeinschaft Christlicher Eltern“ einen Stand auf dem Ökumenischen Kirchentag betrieben. Neben der Präsentation unterschiedlicher Aktionen und Projekte der einzelnen Verbände waren Gäste aus Kirche und Politik an unseren Stand eingeladen für Interviews und Gedankenaustausch.



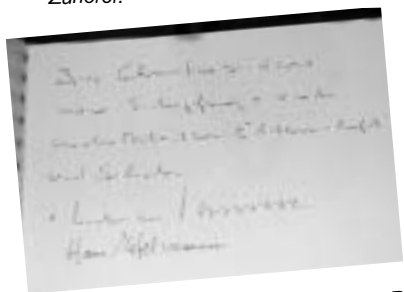
Erzbischof Dr. Thissen aus Hamburg und Prof. Metelmann, Kultusminister in Mecklenburg-Vorpommern (Mitte) im Gespräch mit dem Landesgeschäftsführer der KED in NRW, Michael Sandkamp (links), und der Landesvorsitzenden der KED in Mecklenburg-Vorpommern, Anne Schulz aus Schwerin.



Der Erzbischof und der Kultusminister hatten sich etwas zu sagen und waren einander aufmerksame Zuhörer.



Interessierte Zuhörer (von links): Ingrid Fabian (Diözese Münster), Antonius Poggel (Diözese Köln) und Elisabeth Buntenkötter (Diözese Münster).



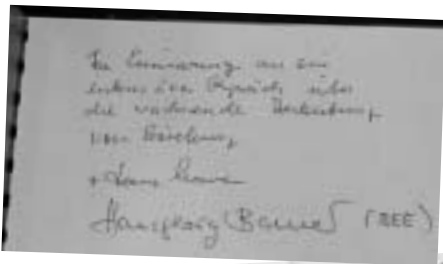
Nutzen die Gelegenheit zum Rundgespräch: Dr. Barbara Balbach (Landesvorsitzende der KED in NRW) und Johannes Schneider (Hauptabteilungsleiter Schule und Erziehung im Bistum Münster).





Doppelinterview und Gespräch mit Johannes Schneider (Hauptabteilungsleiter Schule und Erziehung im Bistum Münster) und dem Bundesvorsitzenden der KED, Prof. Dr. Walter Eyckmann.

Zeit zum Plaudern und zum gemeinsamen Schmunzeln mit unseren Gästen. Rechts: Gerda Fleddermann (Diözese Osnabrück)



Handfeste Ökumene und lebenspraktische Akzente im Gespräch zwischen Hans-Georg Bauer (Bundesverband Evangelischer Erzieher, München, Mitte links) und Bischof Grawe aus Essen (Mitte rechts), ganz rechts der Diözesanvorsitzende der KED des Bistums Essen, Roberto Giavarra.

Lebenssprühende Begeisterung am Stand der „ArbeitsGemeinschaft Christlicher Eltern“: die Antonius-Singers aus Bottrop (Bistum Essen).



Das Team am Stand der „ArbeitsGemeinschaft Christlicher Eltern von KED und VEE“. In der Mitte: Werner Lüddecke, VEE. – Hätten Sie ohne diese Hilfestellung „ein evangelisches Gesicht“ identifizieren können?

Ein Wort an die Eltern der Schulanfänger

Ein neues Schuljahr hat begonnen; Zeit zu fragen, wie ernst wir als katholische Eltern die Schulzeit unserer Kinder nehmen. –
Wie wichtig sind uns Schulmitwirkung und die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule?
Fragen, die jeder für sich selbst beantworten muß.

Aber Eltern dürfen heute weniger denn je abseits stehen, wenn es um die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule, wenn es um die Wahlen zu den Klassen und Schulpflegschaften geht. Sie dürfen die Möglichkeiten des Schulmitwirkungsgesetzes nicht leichtfertig verspielen!



Liane Schoofs begleitet seit über 25 Jahren die KED im Bistum Aachen und ist ihre Vorsitzende.

Für dieses Gesetz haben in den 1950er Jahren beginnend bis heute die NRW-Elternverbände engagiert und mit großer Ausdauer gekämpft. –

Schweigende Mehrheiten darf es nicht geben! Schon gar nicht mehr, seit Eltern in der Schulkonferenz über große Veränderungen mitentscheiden: Schuleingangsphase, Umwandlung der Schule in die offene Ganztagschule, um nur die neuesten und wichtigsten Veränderungen anzusprechen. –

Damit Eltern aber Aufgaben in den Gremien des Schulmitwirkungsgesetzes übernehmen können, müssen sie informiert und befähigt sein.

- Dabei will die KED behilflich sein
- durch Information und Beratung,
 - durch Schulung und Erfahrungsaustausch,
 - mit Vorträgen und Seminaren.

Erfragen Sie die Termine bei den Geschäftsstellen Ihrer Bistums-KED. Die Anschriften und Telefon-Nummern finden Sie auf der Rückseite dieses Eltern-Kuriers.

Hinzuweisen ist noch auf die aktualisierten Broschüren:

*Ihr Kind kommt in die Schule und
Elterninformationen zum Schulmitwirkungsgesetz.*

Auch sie können in den einzelnen Diözesen bestellt werden.

Aber vergessen Sie nicht:

Nicht andere denken lassen.....selber denken;
Nicht andere handeln lassen.....selber handeln!

Denn Elternrecht ist Elternpflicht! ■

Am liebsten Lehrer ...

So schlimm kann Schule nicht sein: Fast ein Drittel aller Schüler würden gerne Lehrer werden. Es locken nicht allein die langen Ferien. Manche erhoffen sich eine schnelle Beförderung – oder einen Bonus auf dem Heiratsmarkt.

28,4 Prozent aller Schüler haben in einer Umfrage den Lehrerberuf zu ihrem Traumjob gekürt. Gut die Hälfte der Kids sieht das allerdings anders. Sie freuen sich eher auf den Tag, an dem sie der Schule für immer entronnen sind. An der Umfrage, die von der Zeitschrift „Eltern for family“ in Auftrag gegeben worden war, nahmen 1244 Schüler zwischen 8 und 17 Jahren teil.

Schon junge Grundschüler wussten die Vorteile des Berufs zu schätzen. Ein Neunjähriger schwärmte von den langen Schulferien, die auch Lehrer hätten – und träumte obendrein von einer Verbeamtung auf Lebenszeit. Auch eine zwölfjährige Gymnasiastin hat sich bereits ausgerechnet, wie viel Urlaubsanspruch sie in ihrem Lieblingsberuf haben würde: „Immer, wenn die Schüler Ferien haben, habe ich auch Ferien. Und das sind zusammengenommen ungefähr drei Monate.“

„Gegen die Schüler kommt keiner mehr an“

Ein 13 Jahre alter Gesamtschüler zeigte noch mehr Weitblick bei der Karriereplanung – denn schließlich könne man als Lehrer auch Schulleiter werden: „Man braucht dann nicht mehr so viel zu unterrichten, sondern verwaltet seine Schule. Das wäre mein Job.“

52,9 Prozent der Befragten lassen sich indes weder vom Klischee der Dauerferien noch vom krisenfesten Beamtentum betören. Sie sind sich sicher, dass ihr späterer Arbeitsplatz fern der Schule liegen sollte. Manche Lehrerkinder wissen, wie erschöpft ihre Eltern heimkommen. Und viele Schüler haben Mitleid mit den Lehrern, denn, wie eine Sechzehnjährige sagt: „Die Schüler haben heute eine so große Fresse, dass man kaum gegen sie ankommt.“

Für andere schließlich stimmt die Besoldung nicht. Ein Realschüler hat sich an seiner Schule umgeschaut und ist zu dem Schluss gekommen, dass Lehrer arme Leute seien. „Ich möchte einen Beruf ergreifen, in dem man was verdient“, sagte der Dreizehnjährige. Eine gleichaltrige Mitschülerin macht sich darüber allerdings keine Sorgen: „Ich habe gehört, dass viele Ärzte und Anwälte Lehrerinnen gern heiraten.“ ■

aus: Spiegel online, 11. September 2003

Herausgeber:

Katholische Elternschaft Deutschlands

KED in NRW – Landesverband

Kardinal-von-Galen-Ring 55

48149 Münster

Telefon: (0251) 495-404

E-Mail: ked@bistum-muenster.de

Der KED Kurier ist erhältlich bei der KED in NRW
oder bei der KED in Ihrem Bistum.

KED IM BISTUM AACHEN e.V.

Betrather Straße 22

41061 Mönchengladbach

Telefon: (02161) 84 94 99

oder Telefon: (02161) 8 81 51

KED IM BISTUM ESSEN

Krusestraße 15

46238 Bottrop

Telefon: (02041) 73 01 21

KED IM ERZBISTUM KÖLN

Vorgebirgsstraße 6

50677 Köln

Telefon: (0221) 31 55 13

Telefax: (0221) 310 97 46

KED IM BISTUM MÜNSTER

Kardinal-von-Galen-Ring 55

48149 Münster

Telefon: (0251) 495-404

E-Mail: ked@bistum-muenster.de

FdK / KED IM

ERZBISTUM PADERBORN e.V.

Domplatz 3

33098 Paderborn

Telefon: (05251) 125-217

Telefax: (05251) 125-470